



4. DEUTSCH-POLNISCHES SYMPOSIUM „Vergangenheit verstehen - Zukunft gestalten“



12. bis 14. September 2008 in Dresden

Aktuelle Aspekte der Deutsch-polnischen Beziehungen **Prof. Egon Bahr**



Seit nunmehr sieben Jahren finden die Veranstaltungen der Sächsischen und Niederschlesischen Ärztekammern unter der Überschrift „Vergangenheit verstehen – Zukunft gestalten“ statt. Das Thema trägt noch immer, leider möchte man sagen, wird das auch für eine unbestimmte Zukunft noch der Fall sein. Unsere Vergangenheiten sind Teil unserer Geschichte, sie ist unrevidierbar und unvergessbar. Wir können sie nicht verändern. Wir können sie nicht ungeschehen machen. Aber wir können sie so behalten, dass sie unsere Zukunft nicht behindert. Im Jahr 2001, als diese Zusammenkünfte begannen, war ich der Auffassung, Deutschland sollte nun seine europäische Politik mit den Nachbarn jenseits seiner Ostgrenze abstimmen, auch ohne zu wissen, wann sie den westlichen Organisationen beitreten werden. Dabei war ich damals dankbar, dass Westeuropa die Ebene der Nationalstaaten noch nicht verlassen hatte, als Osteuropa seine Freiheit erreichte, das könnte sich als glückliche Voraussetzung erweisen, um nun gesamteuropäische Wege einzuschlagen. Es war eine Sicht, die vorweg nahm, dass die Entwicklung der europäischen Union in überschaubarer Zeit keine wie immer geartete föderative Form erreichen würde, sondern im Nebeneinander der Nationalstaaten ihre Zukunft gestalten will, wie es in dem Vertrag vorgesehen ist, der im Augenblick durch Irland gestoppt wurde.

Inzwischen ist Polen der NATO beigetreten, der EU, Mitglied des Schengener Abkommens geworden und bereitet sich dabei vor, den Euro einzuführen. Im Rückblick ist das ein beeindruckender, sogar imposanter Weg. Wenn man etwas genauer hinsieht, ist der Einschnitt nicht überwunden, der mit dem Krieg Amerikas gegen den Irak eintrat. Dieser Krieg war völkerrechtswidrig, weil er ohne Mandat der Vereinten Nationen erfolgte. Amerika zog es vor, eine Koalition der Willigen zu schaffen und sein Verteidigungsminister Rumsfeld teilte die Europäer in Alte und Neue. Zu den Alten gehörte Deutschland und zu den Neuen Polen. Die polnische Haltung damals und seither habe ich auch unter dem Gesichtspunkt verstanden, dass Polen nun an der Ostflanke Europas ein besonderes Schutzbedürfnis hatte, vergleichbar dem der alten Bundesrepublik. Und dies naheliegend in einer besonders engen Bindung an die Vereinigten Staaten suchte. Unvergleichbar zwischen unseren beiden Ländern ist das politische Bewusstsein. Polen ist zu Recht stolz auf die Nation.

Ihren bewährten Werten verdankt es Überleben und Freiheit. Anders wollte Deutschland die Last der Nation mit ihrer Vergangenheit möglichst schnell und vollständig in einem integrierten Europa los werden.

Der zweite Unterschied ist gravierender. Ein Jahr nach der deutschen Einheit verschwand die Sowjetunion und durch Russland fühlen wir uns nicht mehr bedroht. Seit der Entspannungspolitik, die Europa verändert hat, seit Helsinki 1975 und der Charta von Paris 1990 galt als Basis stabiler Sicherheit, dass Grenzen in Europa nur noch im Einvernehmen verändert werden. Dieser Grundsatz hat sicherheitspolitisch ein solides Fundament erhalten durch die amerikanischen Präsidenten Regan und Bush und den sowjetischen Präsidenten Gorbatschow. Sie haben die Mittelstreckenraketen und die atomaren Kurzstreckenraketen beseitigt, darüber hinaus das größte konventionelle Abrüstungsabkommen der Geschichte geschaffen.

Deutschland wurde befreit von der größten Dichte von Waffen und Streitkräften auf der Welt. Der Schwerpunkt der Rüstung ist inzwischen nach Asien gewandert. Die Grundlage dafür legten Gorbatschow und Bush, in dem sie die Bedingungen für die Deutsche Einheit vereinbarten. Sie machten es ohne Mitterrand, Thatcher, Kohl und die Regierungen in Ostberlin und Warschau zu fragen. Diese beiden Männer hatten die Macht dazu. Präsident Bush, dessen Weisheit ich nach wie vor bewundere, erklärte, dass die Sowjetunion zu schwach ist, wenn sie ihre Truppen aus der DDR abzieht, Deutschland zu kontrollieren. Das können nur wir, die Amerikaner, mit dem Instrument der NATO.

Das Argument war deshalb so stark, weil es stimmte. Gorbatschow erwiderte: „Aber ihr dürft uns nicht auf den Pelz rücken!“ Bush sicherte zu, dass keine fremden Truppen und keine Atomwaffen in Ostdeutschland stationiert werden. Das war die Vereinbarung. Sie gilt bis heute. Deutschland liegt an der Leine, hat der amerikanische Außenminister Baker resümiert. Von Deutschland kann kein Krieg mehr ausgehen. Dieses Kriegsziel der Sieger von 1945 ist erreicht. Es bildete das Fundament für die erste Ausweitung der NATO bis zur polnischen Westgrenze. Niemand hat damals 1990 ein Ende der Sowjetunion vorausgesehen. Wenn Gorbatschow damals verlangt hätte, dass dies auch die Grenze der NATO-Ausweitung sein sollte, hätten die Amerikaner zugestimmt, die Deutschen natürlich auch und die polnische Regierung sicher ebenfalls. In der Folge wurden Atomwaffen, Raketen, auch chemische Waffen beseitigt und die konventionellen Streitkräfte so reduziert, dass bis zum heutigen Tage die erlaubten Obergrenzen nicht einmal in Anspruch genommen werden.

Seit nunmehr 18 Jahren genießt Europa diese Stabilität, die den Interessen aller Beteiligten entspricht. Diese Stabilität war solide und verlässlich genug, um die deutsche Einheit zu verkraften, um das Ende des Warschauer Paktes zu überstehen, die Implosion der Sowjetunion zu überleben, die Bildung der Baltischen Staaten zu ertragen und die Erweiterung der NATO und der EU bis zu der Realität des Jahres 2008 auszuhalten. Heute ist sie zum ersten Mal gefährdet durch den amerikanischen Wunsch, Raketen in Polen und ein dazu passendes Radarsystem in der Tschechei zu stationieren. Diese Raketenabwehr hatte Washington schon 1988 den Regierungen in London, Paris und Bonn angekündigt. Wir haben damals in Bonn analysiert, dass würde ein „Spaltpilz“ für Europa; denn London hätte zugestimmt, Paris abgelehnt und man hätte den deutsch-französischen *Motor* für lange Zeit blockiert, wenn es nicht ebenfalls abgelehnt hätte. Damals existierte noch die Sowjetunion. Damals stand der Iran gar nicht im Fadenkreuz der Überlegungen. 20 Jahre später sind diese Raketensysteme stationierungsfähig und sollen ein paar hundert Kilometer weiter östlich aufgestellt werden. Und dabei soll Moskau kindlich vertrauend glauben, es brauche sich deshalb keine Sorgen zu machen. Es kann gar nicht ernsthaft diskutiert werden, dass das strategische Gleichgewicht in Europa verändert würde, wenn diese Pläne verwirklicht werden. Die sicherheitspolitische Stabilität wäre erschüttert durch exterritoriale Stützpunkte der Amerikaner, wenn sie allein entscheiden, wie viele Raketen modernster Technologie mit welchen Sprengköpfen und Zielen sie dorthin bringen. Die Russen reagieren entsprechend und Polen verlangt dazu nicht nur amerikanische Polaris-Raketen, sondern auch besondere amerikanische Garantien.

Dies würde nicht nur die NATO in Zonen spalten, in denen das Bündnis verlässliche Sicherheit gibt und solche, in denen das Bündnis nicht reicht. Was sollen da die Baltischen Staaten denken? Noch folgenreicher wäre, dass der Vertrag über die konventionelle Streitkräftereduzierung zerbrechen könnte. Seit langem hängt der Vertrag mit der Anpassung der Streitkräftestärken für die einzelnen Zonen an der Ratifizierung. Sie ist durch Russland, Weißrussland sogar die Ukraine erfolgt. Auf Wunsch der USA hat der Westen die Ratifizierung ausgesetzt bis Russland seine letzten Truppen aus Abschasien und Südossetien abgezogen hat. Jetzt hat Russland den Vertrag nur suspendiert, nicht gekündigt, weil es sich vorbehält mehr Truppen als bisher gegenüber der Ukrainer zu stationieren, natürlich mit dem Blick auf Polen, falls dort das Gleichgewicht verändert wird.

Europa steht vor einer desaströsen Perspektive. Nicht nur eine Aufrüstungsspirale mit Kurzstreckenraketen könnte sich in Gang setzen, sondern auch die Stabilität der letzten 18 Jahre wäre insgesamt gefährdet. Kooperation würde durch Konfrontation abgelöst werden. Eine solche Krise von internationalem Ausmaß könnte vermieden werden, wenn eine kooperative

Lösung gefunden wird. Mit anderen Worten: wenn eine gemeinsame Lösung für eine Raketenabwehr zwischen den Amerikanern und den Russen vereinbart würde. Versuche und Vorschläge dafür gibt es. Die Begegnung zwischen dem polnischen und dem russischen Außenminister vorgestern in Moskau hat keine Lösung gebracht. Das konnte sie auch nicht. Sie hat einen ernüchternden Blick auf die Wirklichkeit geschaffen. In dieser geostrategischen Frage ist Polen kein Partner für Russland. Polen kann Russland keine Garantie dafür geben, dass Amerika sich daran hält und nur zehn Abwehrraketen stationiert. Polen kann nicht kontrollieren, welche Raketen auf amerikanischen exterritorialen Stützpunkten, mit welchen Zielen aufgestellt werden. Das konnten wir in Deutschland übrigens auch nicht. Wenn es um Raketen geht, ist Polen Protektorat wie es Deutschland gewesen ist. Raketenfragen vereinbaren nur die beiden Staaten, die über Raketen verfügen. Dazu gehört Polen heute so wenig wie Deutschland in der Vergangenheit. Nur Washington und Moskau können und konnten diese Dinge beseitigen, und nur Washington und Moskau können eine gemeinsame Lösung erreichen. Möglich ist das immer noch, denn diese Bemühungen müssen nicht nach dem Abschluss des polnisch-amerikanischen Raketenvertrages beendet werden. Ich komme darauf zurück.

Ich habe diesen Komplex relativ ausführlich behandelt, weil er die Unterschiede illustriert, mit denen Deutschland und Polen Russland betrachten. Wir haben nicht nur erlebt und erfahren, dass auch ohne zusätzliche Garantien auf Amerika und das Bündnis Verlass ist, sondern wir haben Russland im NATO-Rat und bilateral als Partner, der solche Vereinbarungen hält, kennengelernt. Mehr noch: unter Putin wie unter Medwedjew ist Russland bereit, sich auf Europa zu orientieren. Das entspricht der Überzeugung, dass Sicherheit in und für Europa nicht ohne und gegen Russland möglich ist, selbstverständlich auch nur mit Amerika, was die Sowjetunion schon 1975 in Helsinki anerkannt hat. In Polen existiert noch eine kollektive Sorge vor Russland. Das ist mit dem Blick auf die Geschichte verständlich, immerhin stellt es einen Fortschritt dar, dass Polen vor Deutschland keine Sorge mehr haben muss. Nun sind die Erinnerungen eines Volkes nur wenig durch bloße Argumente der Vernunft zu bewegen. Ich weiß noch sehr genau, welche Emotionen in der alten Bundesrepublik Willy Brandt fast hinweggefegt hätten, wenn er als Demokrat mit Kommunisten, mit Gefängniswärtern, mit Diktatoren verhandelt und Verträge abgeschlossen hat.

Die 30 Jahre positive Erfahrungen, die Bonn und Berlin mit Moskau gemacht haben, konnte Warschau nicht mit Moskau machen. Deutschland hat eine größere Kontinuität positiver Erlebnisse als Polen mit dem großen Nachbarn im Osten sammeln konnte. Das muss wachsen. Und das braucht Zeit.

Wie viel Zeit erforderlich ist, zeigt das Stichwort eines Zentrums gegen Vertreibungen. Auch in dieser vereinbarten Entschärfung ist das kein Ruhmesblatt für mein Land. Nun wird an den Plänen eines deutsch-polnischen Geschichtsbuches gearbeitet, das immerhin auf eine bedeutende Vorleistung, inzwischen von einer Generation zurückgreifen kann.

Ich finde es großartig und ermutigend, dass Polen und Russland eine Arbeitsgruppe gebildet haben, die schwierigste Fragen der beiderseitigen Geschichte, wie den Ribbentrop- und Molotowpakt und den Aufstand des Warschauer Gettos behandeln will. Im Dezember 1970 hat Willy Brandt bei seinem Besuch zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages vorgeschlagen, für die Beziehungen zwischen beiden Ländern die gleiche Qualität anzustreben, wie sie zwischen Bonn und Paris erreicht werden konnte. Das ist nun bald 40 Jahre her. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind in dieser Zeit durchaus nicht immer nur reibungslos verlaufen. Aber unabhängig von dem Wechsel der Regierungen und der sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten an ihrer Spitze gab es eine Kontinuität: die Selbstbestimmung Europas. Dieses Ziel hat Europa verfolgt, als es nur wirtschaftlich galt, weil unsere Sicherheit nur durch Amerika garantiert werden konnte. Dieses Ziel hat Europa behalten und bekräftigt, nachdem die Bedrohung aus dem Osten weg war. Es lief über den Euro zu dem nun anstehenden europäischen Vertrag, der die internationale Handlungsfähigkeit Europas herstellen will, was eine europäische Armee einschließt.

Es ist ein seit langem beschlossenes europäisches Ziel, dass Europa als Partner Amerikas versteht, wie es Barack Obama in Berlin formuliert hat. Als Freund offener Worte will ich hier einfügen, dass es eine Zeit gab, sagen wir mal, während der Regierungszeit der Zwillinge, in der meine Hoffnung auf Warschau schrumpfte. Die Hoffnung, dass Polen erkennen würde, dass die europäische Union für seine Zukunft und seinen Lebensstandard wichtiger ist als die NATO, die seine Sicherheit garantiert. Das Gewicht Polens ist für die EU größer als für Amerika. Die vitalen Interessen Polens liegen auf unserem gemeinsamen alten Kontinent. Inzwischen hat meine Zuversicht einen gewaltigen Dämpfer bekommen. Vor sechs Wochen noch habe ich formuliert, es ist der neuen polnischen Regierung zu verdanken, wenn Zeit gewonnen wurde und die Chance besteht, dass endgültige Entscheidungen zur Raketenabwehr nicht mehr in diesem Jahr fallen, also die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten abgewartet wird. Das ist ein Beweis, dass Warschau sich seiner Verantwortung für Europa bewusst ist. Jetzt ist festzustellen, dass Georgien wie ein Treibsatz den Raketenvertrag vorangetrieben hat nebst allen dazugehörigen Vereinbarungen. Und das ganze wurde einseitig beschlossen. Weder die EU noch die NATO wurden damit befasst.

Diese enttäuschende Abkehr Polens von seiner eingeschlagenen Europaorientierung konnte kaum besser dokumentiert werden, als durch die polnischen Außen- und Verteidigungsminister, die erklärend, fast entschuldigend, auf die Beispiele Israel, Pakistan und Ägypten verwiesen. Die hätten doch auch direkte Verträge mit den USA geschlossen und finanzielle Hilfe für ihre Streitkräfte erhalten. Bekanntlich liegen diese Länder nicht in Europa und sind nicht Mitglieder der NATO. Polens Politik ist in Zeiten, als die Zwillinge regierten, nicht berechenbar gewesen. Es hat seinen westlichen Nachbarn einem Wechselbad der Gefühle ausgesetzt. Um den Schaden für ganz Europa zu begrenzen, wäre zu wünschen, dass der Ratifizierungsprozess für den schon erwähnten KSE-Vertrag vom Westen nun nachgeholt wird, damit dieses historische Werk nicht dem Schicksal der beiden Provinzen Abchasien und Südossetien zum Opfer fällt. Zumal das Ergebnis der Verhandlungen darüber jedenfalls von allen beteiligten Ländern respektiert und anerkannt wird. Und der Versuch zu diesen Verhandlungen wird Mitte Oktober dieses Jahres beginnen.

Lassen Sie mich eine Überlegung einfügen: Der Sicherheitsberater Präsident Carters, der sich Polen eng verbunden fühlt, hat 1997 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ die globalen Sicherheitsinteressen der USA analysiert. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass Westeuropa sicherheitspolitisch ein Protektorat Amerikas ist, also ein Gebiet, das unter dem Schutz Amerikas steht. Das hat sich in den 11 Jahren, seit Brzezinski sein Buch geschrieben hat, nicht verändert, es ist Realität geblieben. Mit welchem Ergebnis in der praktischen Politik zum Thema Polen, Russland und die Raketen habe ich schon erläutert. Aber genau diese Realität will Europa ändern. Es will die Selbstbestimmung seit mehr als 40 Jahren wiederholtes, beschlossenes, bekräftigtes Ziel auch politisch und sicherheitspolitisch erreichen. Dass dies bisher nicht gelungen ist, hat nicht an Amerika gelegen. Mehr noch, Amerika kann kein Vorwurf daraus gemacht werden, dass es seiner globalen Verantwortung gemäß gehandelt hat. Es konnte doch gar nicht abwarten, ob und wann diese Europäer vielleicht einmal ernst machen. Auch heute kann niemand ein seriöses Datum nennen, ab wann Europa mit einer Stimme sprechen wird. Das wird sich auch nicht ändern, wenn der verfassungsähnliche Vertrag in Kraft tritt, mit dem die Europäische Union einige Schritte auf dem Wege zu einer gemeinsamen Außenpolitik machen will.

Die Europäisierung Europas, seine Handlungsfähigkeit als Pol in einer multipolaren Welt, steht in einem diametralen Gegensatz zu der Idee einer Weltvorherrschaft der USA. Amerika stellt sich auf eine Welt ein, in der mindestens die Pole China, Indien und Russland unbezweifelbar wären. Brasilien wird bald hinzutreten. Dafür aber liegt es natürlich im amerikanischen Interesse, dass Europa nicht als fünfter Pol hinzutritt.

Nach der römischen Erfahrung *divide et impera* ist der Umgang mit 27 europäischen Staaten leichter als mit einer geschlossenen EU und ihrem Gewicht. Der frühere polnische Präsident Alexander Kwasniewski hat kürzlich in einem bemerkenswerten Artikel in der Frankfurter Allgemeinen-Zeitung vor dem Rückfall in das Denken europäischer Einflusszonen gewarnt. Als er mich in seinem Amtspalais, in dem einmal die Sitzungen der Warschauer Vertragsstaaten stattgefunden hatten, mit einem hohen polnischen Orden auszeichnete, hat er gesagt: „Ohne die Politik Willy Brandts stünden wir beide heute nicht hier.“

In der Tat verband Brandt seine Politik der europäischen Selbstbestimmung mit dem Ziel der Befreiung Osteuropas. Kwasniewskis Sicht auf Gesamteuropa verlangt Beteiligung oder Einbeziehung Russlands. Daneben will er die Erweiterung von NATO und EU. Der erste Punkt ist kooperativ, der zweite konfrontativ. Eine europäische Politik der Kooperation mit Russland verlangt aber ein Europa, das fähig und willens ist, sie auch dann durchzusetzen, wenn die Politik Amerikas konfrontativ zu Russland verläuft. Das ist im Augenblick der Fall. Politische Selbstbestimmung Europas ist nur durch politische Emanzipation von Amerika erreichbar. Anders gesagt, europäische Interessen gegenüber Russland verlangen die Bereitschaft, sich anderen und entgegen gesetzten amerikanischen Interessen gegenüber Russland zu widersetzen. Solange Europa dazu nicht die Kraft findet, bleibt es Protektorat. Wie jeder Mensch, der volljährig wird, sich von seinen Eltern emanzipieren muss, ohne zum Feind seiner Eltern zu werden, muss Europa sich von Amerika emanzipieren, ohne deshalb das Bündnis und die bewährte Freundschaft zu kündigen. Übrigens auch ohne deshalb den Schutz durch Amerika zu verlieren. Denn es bleibt natürlich das Interesse Amerikas, dass Europa, mit dem es am längsten verbunden ist, unbedroht bleibt.

Polen kann für diese Perspektive Europas eine herausragende Rolle spielen. Die Politik des Westens gegenüber Russland steht am Kreuzweg zwischen Konfrontation oder Kooperation. Ob sich diese Bewährung für dieses atlantische Verhältnis einer Partnerschaft überhaupt ergibt, wird sich erst nach dem 4. November zeigen. Es wird viel davon abhängen, wie der nächste Präsident der Vereinigten Staaten heißt.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Polens beobachtet, stellt man ein bewundernswertes Wachstum sowie erstaunliche Parallelitäten mit positiven und negativen Erscheinungen in anderen Ländern der EU fest. Die Wirtschaft hat den Außenhandel verstärkt, über Facharbeitermangel wird in Berlin und Warschau geklagt, das gilt auch für die steigenden Inflationsraten und Energiepreise. Die Energiesicherheit ist ein europäisches Interesse, auch gegenüber Russland.

Bei seinem Amtsantritt in Berlin hat der polnische Ministerpräsident erklärt, gemeinsam erreichen wir mehr. Er hat Recht, wir sollten unsere Interessen bündeln in einer Zeit, deren Gefahren uns gemeinsam betreffen und deren Chancen wir gemeinsam nutzen sollten. Im Rückblick auf die erste Veranstaltung 2001 bleibe ich also dabei: Vergangenheit verstehen und Zukunft gestalten, stimmt noch immer. Aber ein verrückter Träumer wäre genannt worden, wer uns prophezeit hätte, über welche Fragen wir 2008 diskutieren würden. Die Fortschritte sind phantastisch, die Aussichten leider etwas eingetrübt, soweit es von Polen und Deutschland abhängt. Aber das sollte und kann ja auch wieder besser werden.